



Thesenblatt zur Dissertation von Frauke M. Seebass, M.Sc./M.A.

Andrassy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest

Interdisziplinäre Doktorschule

Leiter der Doktorschule: Prof. Dr. Stefan Okruch

Die Aushandlung der kosovarischen Staatlichkeit in der EU- Außen- und Erweiterungspolitik

Akteure – Narrative – Folgen

Betreuerin:

Dr. Christina Griessler

Promotionsausschuss

Vorsitzende/Vorsitzender:

Prof. Dr. Ellen Bos

Gutachterinnen/Gutachter:

Dr. Konrad Clewing

Univ.-Prof. Dr. David Florian Bieber

Mitglieder:

Prof. Dr. Dr. h.c. Herbert Küpper

Dr. Henriett Kovács

Prof. Dr. Zoltán Pállinger

Dr. Armina Galijaš

Dr. András Hettyey

Februar 2026

Die Aushandlung der kosovarischen Staatlichkeit in der EU-Außen- und Erweiterungspolitik

Forschungszugang, Relevanz und Ziele der Arbeit

Kosovo in den heutigen Grenzen war ab 1945 Teil der jugoslawischen Teilrepublik Serbien, ab 1974 mit weitgehender Autonomie. 1989 schränkte die Regierung unter dem damaligen serbischen Präsidenten Slobodan Milošević den autonomen Status Kosovos drastisch ein und unterdrückte die ethnisch albanischen Bevölkerungsmehrheit (Krasniqi 2012, 355). Diese leistete sowohl mit gewaltfreien Methoden als später auch bewaffnet Widerstand gegen die jugoslawischen und serbischen Sicherheitskräfte. Als ein internationales Ultimatum um eine friedliche Lösung des Konflikts verstrichen war, erfolgten 1999 Luftangriffe durch NATO-Streitkräfte auf zumeist militärische Ziele in Jugoslawien, die durch das Kumanovo-Abkommen am 9. Juni 1999 beendet wurden (Deda 2010, 88).

Auf Basis der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats wurde in Kosovo ein internationales Protektorat eingerichtet, das Jugoslawien die Kontrolle über das Gebiet entzog und einen Friedens- und Wiederaufbauplan vorlegte (De Wet 2009, 84ff). Der Vorschlag des UN-Sondergesandten Martti Ahtisaari für ein umfassendes Abkommen zur Lösung der Kosovo-Statusfrage wurde 2007 in Prishtina angenommen, in Belgrad jedoch abgelehnt. Da Russland im UN-Sicherheitsrat die serbische Position unterstützte, wurde keine Vereinbarung über die künftige Regierungsführung getroffen und Kosovo erklärte am 17. Februar 2008 unterstützt von den USA und vielen europäischen Staaten seine Unabhängigkeit (Krasniqi 2012, 356). 2010 bestätigte ein rechtlich nicht bindendes Urteil des Internationalen Gerichtshofs, dass die Unabhängigkeitserklärung kein Verstoß gegen das Völkerrecht sei.

2008 entsandte die EU die zivile Mission EULEX Kosovo, um Reformen und Aufbau der Justiz-, Zoll- und Polizeistrukturen zu unterstützen und Rechtsstaatlichkeit zu fördern. Sie war mit weitreichenden Exekutivbefugnissen ausgestattet, wie der Verfolgung organisierter und interethnischer Kriminalität, Kriegsverbrechen und Korruption hochrangiger Beamter. Strategische Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen dem Europäischen Rat und der Kommission begrenzten jedoch den Umfang der Mission und ihre Legitimität. Aufgrund der unterschiedlichen Haltungen der Konfliktparteien wurde der Übergang von UNMIK zu EULEX erschwert und entstanden Parallelstrukturen und sich überschneidende Zuständigkeiten (Krasniqi 2012, 356f).

Auf Basis des Vertrags von Lissabon wurde 2010 der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) eingerichtet, der internationale Missionen und Vertretungen verwaltet und auch für die

Normalisierungsverhandlungen zwischen Belgrad und Prishtina zuständig ist. Die EU wurde in ihrer Doppelrolle in Kosovo angesichts der internen Uneinigkeit über dessen Status von Anfang an kritisiert. Außenpolitische Entscheidungen erfordern Einstimmigkeit im Europäischen Rat, was den fünf EU-Staaten, die die Unabhängigkeit Kosovos nicht anerkennen, großes Gewicht verleiht (Gross & Rotta 2011, 3ff). Der Dialog konnte zunächst maßgebliche Erfolge verzeichnen, verlor jedoch im Zuge multipler paneuropäischer Krisen zunehmend an Bedeutung und ist erst mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine 2022 wieder in den Fokus gerückt.

Auf Basis der Innen- und Außenrezeption der EU als „normative“ bzw. „Zivilmacht“ will die vorliegende Arbeit die Europäische Außen- und Erweiterungspolitik in Kosovo analysieren und bewerten, wobei zwischen Prinzipien/Strategien, Instrumenten/Handlungen und Ergebnissen/Wirkungen unterschieden wird (Vgl. Manners 2008, 45; Tocci 2008, 5). Aufbauend auf Theorien und Methoden der poststrukturalistischen Politischen Geographie und Kritischen Geopolitik zielt sie zudem darauf ab, ethno-territoriale Argumentationsmuster und um diskursive Handlungsstrategien und Muster relevanter Akteure und Gruppen (*Stakeholder*) in Bezug auf Staatlichkeit, Identität und Territorium in Kosovo zu dekonstruieren und daraus resultierende (geo-)politische Spannungsfelder zu erklären. Wie im Folgenden weiter ausgeführt wird, entfaltet sich Macht auch diskursiv und liegt oft in den Bruchlinien bzw. hinter dem politischen Diskurs verborgen und soll hier sichtbar gemacht werden. Im zweiten Schritt erfolgt eine empirische Analyse der politischen und gesellschaftlichen Folgen in Kosovo sowie auf die geopolitische Ausrichtung des Landes. Da sowohl vonseiten der kosovarischen Regierung und (Zivil-)Gesellschaft als auch durch die Europäische Union ein etwaiger EU-Beitritt angestrebt wird, steht diese Perspektive im Mittelpunkt der Betrachtung. Transformations- und integrationstheoretische Ansätze werden dazu genutzt, die Entwicklung des kosovarischen Nationalstaats und potenziellen EU-Beitrittskandidaten zu analysieren. Zentrale Politikfelder der Analyse sind die Rolle der EU im Staats- und Nationsaufbau, der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der EU in Südosteuropa, sowie der EU-geführte Dialog zwischen Kosovo und Serbien.

Theorien

Indem sich diese Dissertation mit der Dekonstruktion der Europäischen Außen- und Erweiterungspolitik und der Analyse diskursiver Handlungsstrategien verschiedener Akteure in Bezug auf Kosovo befasst, bedient sie sich Methoden der poststrukturalistischen Politischen Geographie und Kritischen Geopolitik. Diese interdisziplinären Ansätze sind sowohl in der Humangeographie als auch den Internationalen Beziehungen (IB) verankert und grenzen sich von einem objektivistischen Raumverständnis und der „klassischen“ Geopolitik als ein Instrument

imperialistischer Ansprüche ab. Sie hinterfragen räumliche Repräsentationen im internationalen politischen System und betrachten sie als epistemisches und soziales Konstrukt (Ruggie 1993, 157f.). Aufbauend auf der Dekonstruktion der interessenbasierten Strategien zentraler Akteure sollen dominante Erzählungen der EUropäischen Integration in Bezug auf Kosovo sowie deren Brüche sichtbar gemacht und hinterfragt werden, um so eine neue Bewertung zu ermöglichen und daraus Zukunftsperspektiven sowie neue Handlungshorizonte zu entwickeln.

Die Notwendigkeit der räumlichen Organisation ergibt sich aus der Struktur internationaler politischer Systeme und ihrer Funktionsweisen, allen voran der Nationalstaat als zentrale Einheit der internationalen Ordnung und Interaktion. Kritische Geopolitik und poststrukturalistische Politische Geographie sehen sich explizit in der Tradition von Forscher:innen wie Benedict Anderson, Edward Said und Maria Todorova, die scheinbar natürliche territoriale Kategorien wie Staat, Nation, aber auch regionale Zuschreibungen systematisch dekonstruieren. Andersons Werk *Imagined Communities* (1983) befasst sich mit dem Gefühl einer geteilten Gemeinschaft und Erinnerung in modernen Staaten als eine kunstvoll geschaffene Illusion: „It is *imagined* because the members of even the smallest nation will never know most of their fellow-members, meet them, or even hear of them, yet in the minds of each lives the image of their communion” (ibid, 6; *Hervorhebung im Original*). Nationalität ist nicht naturgegeben, sondern eine Zuschreibung, die über große politische Kraft und gleichzeitig geringe rationale Rechtfertigung verfügt. Dies geht einher mit einer bewussten Abgrenzung zu anderen (imaginären) Gemeinschaften, die homogenisiert und gegenüber der eigenen abgewertet werden (ibid).

Said (1978) und Todorova (1997) bieten zwei der prominentesten Dekonstruktionen scheinbar neutraler, in Wahrheit jedoch stark aufgeladener geographischer Begriffe: „Orient“ und „Balkan“. Beide betreffen Kosovo als mehrheitlich muslimisches Land mit langer osmanischer Geschichte einerseits und gelegen inmitten des heute sogenannten „Westbalkans“ andererseits, also der Länder der Region, die (noch) nicht Teil der EU sind und anhand derer sich die Fortsetzung dieser Stigmatisierung und Eigendefinition in Abgrenzung dazu beobachten lässt (Vgl. z.B. Kolstø 2016). Dass der Begriff „Balkan“ selbst in den so bezeichneten Ländern im Gegensatz zu „Europa“ verstanden wird, zeigte eine Umfrage aus dem Jahr 2011, aus der auch hervorging, wie orientalistische Bilder die Wahrnehmung des Andersseins verstärkten. Kulturelle und politische Merkmale bestimmen das Ausmaß, in dem ein Land als balkanisch oder europäisch wahrgenommen wurde, wodurch mehrheitlich muslimische Länder eher als balkanisch klassifiziert werden als christliche und NATO-Mitgliedsländer weniger (ibid.). Andere Identitätsmerkmale fehlen in dieser Darstellung, in der die ethnische Zugehörigkeit als dominant und unveränderlich dargestellt wird.

Trotz der signifikanten Weiterentwicklung der Europäischen Außenpolitik seit den 1990er Jahren hat die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) nur eine geringe militärische Komponente und setzen die meisten Mitgliedstaaten in diesen Belangen auf die NATO. Angesichts der Abhängigkeit auf diesem Gebiet von den USA, die auch in den Kriegen in Bosnien-Herzegowina und Kosovo deutlich wurde, fordern einige Mitgliedstaaten mehr militärische Autonomie der EU; von dieser kann aber bisher keine Rede sein (Risse 2012, 90f.). Stattdessen hat sich seit den 1970er Jahren das Konzept der „Zivilmacht Europa“ etabliert, wonach die EU und ihre Partner in der unmittelbaren „Nachbarschaft“ Kooperation durch Annäherung schaffen und so Konflikten vorbeugen sollen, auf Basis der Erfahrungen der Europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg (Bachmann & Sidaway 2008, 96; Duchêne 1972).

So begründet sich die dezidiert wertegeleitete Außenpolitik der EU, die entsprechend normative Ziele verfolgt, welche über die unmittelbaren Interessen der Mitgliedstaaten hinausgehen. Eine „Zivilmacht“ lehnt zwar den Einsatz militärischer Gewalt nicht grundsätzlich ab, setzt aber auf kooperative Sicherheitspolitik, Multilateralismus und (Völker-)Rechtsstaatlichkeit – also genau jene außen- und sicherheitspolitische Identität, die die EU seit den 1990er Jahren aufzubauen versucht, auch wenn sie erst Anfang der 2000er Jahre über ein entsprechendes Instrumentarium verfügte (Risse 2012, 90). Als geopolitisches Konzept und Alleinstellungsmerkmal fußt es auf drei Säulen. Erstens soll die erfolgreiche Kooperation in Europa als Beispiel dienen, anhand dessen auch in anderen Teilen der Welt friedliche Koexistenz gesichert werden kann. Zweitens besitzt die EU Instrumente zur Unterstützung von Staaten, die sich den gleichen Werten verpflichten und sich ihr in wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und anderen Bereichen annähern möchten. Hierzu gehören die verschiedenen Ansätze der Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik in eigens dafür geschaffenen Regionen wie dem „Westbalkan“, der „Östlichen Partnerschaft“ oder der „Südlichen Nachbarschaft“ (Europäische Kommission, o. D.). Drittens soll die EU als geopolitisches Gegengewicht zu Großmächten wie China und Russland, aber auch den USA dienen, deren außenpolitische Prioritäten sich von denen der EU unterscheiden (Bachmann & Sidaway 2008, 99f.). Tatsächlich lässt sich beobachten, dass Diskussionen um mehr Europäische sicherheitspolitische Autonomie immer dann besonders präsent sind, wenn Differenzen zwischen EU und USA zunehmen. Gleichzeitig stoßen die normativen Ansprüche und Ideale dieser wertegeleiteten Außenpolitik in der Praxis oft an Grenzen, wenn sie etwa mit Interessen der Mitgliedstaaten oder nationalen Realitäten kollidieren (Risse 2012, 90; zur kritischen Rezeption, s.a. Hettne & Söderbaum 2005; Sjursen 2006; Tocci 2008).

Methoden

Die Kombination verschiedener Methoden ermöglicht es, die Analyse zu triangulieren und die Ergebnisse zu kombinieren und kontrastieren, um das Verständnis zu erweitern (Miller & Frederick 1996, 62f.). Dazu gehörten erstens ein ausschließlich theoretischer Teil auf der Grundlage von Literatur, zweitens empirische Interviews mit Expert:innen und schließlich Daten, die als Teil der Politikethnographie gesammelt wurden. Als Analytistin bzw. Projektmanagerin bei Thinktanks in Berlin und Brüssel und als Trainee bei der EU-Vertretung in Kosovo hatte die Autorin seit 2017 privilegierte Zugänge und direkte Erfahrungen der alltäglichen Praxis der EU-Außenpolitik in Kosovo. Diese fließen im Sinne der Politikethnographie (*policy ethnography*) ebenfalls in diese Arbeit ein, um ein möglichst umfassendes Bild zu erzeugen (Vgl. Schatz 2013; Baiocchi & Connor 2008; Adler-Nissen 2016). Zentrales Instrument dieser Arbeit ist die Politische Diskursanalyse (*Political Discourse Analysis*, PDA). Hierzu wird die von Fairclough und Fairclough (2012; aufbauend u.a. auf van Dijk 1997, Wodak 2009) vorgeschlagene Methodik genutzt, die sich neben der kritischen Diskursanalyse nach Foucault auch auf Erkenntnisse aus der Politischen- sowie Argumentationstheorie stützt und eng mit der Rhetorischen Politischen Analyse nach Finlayson (2007) verwandt ist.

Dieses Verfahren ist in der Politikwissenschaft nicht standardisiert und dient häufig als Schablone, anhand derer die Ergebnisse anderer qualitativer Methoden ausgewertet werden (Lang & Leifeld 2008, 234f.). So untersucht auch diese Arbeit die ausgewertete Literatur und Interviews nach Verbindungen und Zusammenhängen, die von den Stakeholdern bzw. den Befragten explizit oder implizit angeführt werden. Da eine detaillierte Auswertung aller relevanten Quellen den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde, wurde neben ausgewählter Literatur eine qualitative Umfrage unter relevanten Expert:innen genutzt. Sie wurden gebeten, die folgenden Fragen schriftlich zu beantworten: „Welche Position vertritt Ihr Kompetenzland gegenüber der Eigenstaatlichkeit Kosovos?“ und „Welchen Standpunkt vertritt Ihr Kompetenzland gegenüber der Eigenstaatlichkeit Kosovos?“. Auch die Politikethnographie diente als Quelle. Daraus ergibt sich ein komplexes Bild Kosovos im Gefüge nationaler und internationaler Interessen, das den Einstieg in die Analyse der einzelnen Positionen und deren Wechselwirkungen schafft.

Historische Hintergründe und gesellschaftliche Entwicklungen

Historische Mythen und Ursprungsgeschichten sind ein wesentlicher Bestandteil kollektiver Erfahrungen und konstitutiv für nationalistische Narrative (Anderson 1983; Hobsbawm & Ranger 1992). Als solche sind sie Gegenstand gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse und

Mobilisierungsstrategien und bergen durch ihren emotionalen Charakter auch ein hohes Konfliktpotential (Schwandner-Sievers 2002, 17). Historische Bezüge (*legacies*) sind zentrale konstitutive Faktoren im Prozess des *State-* und *Nation-Building* und der Europäischen Annäherung (Janos 2001; Cirtautas & Schimmelfennig 2010). Aus einer poststrukturalistischen Perspektive wird hier argumentiert, dass es vor allem die Instrumentalisierung prävalenter historischer Narrative durch politische Akteure ist, denen auf diese Weise im öffentlichen Diskurs Bedeutung verliehen wird. Darum liegt der Fokus neben belegbaren historischen Ereignissen auf der diskursiven Konstruktion und Aktivierung sowie Manipulation (erfundener) Traditionen und geteilter Erfahrungen (Hobsbawm & Ranger 2012, 1ff.).

Ein unabhängiges (wenngleich umstrittenes) Staatsgebiet Kosovo gibt es in den heutigen Grenzen erst seit der Unabhängigkeitserklärung am 17. Februar 2008. Annähernd diese Demarkation hatte das Gebiet unter dem Namen seit 1945, während etwa das im Osmanischen Reich festgelegte Vilâyet Kosovo immer auch Gebiete umfasste, die heute zu dessen Nachbarstaaten gehören (Schmitt 2008, 35). Dennoch ist eine gesonderte Betrachtung der Geschichte Kosovos möglich, die sich vor allem durch das jahrhundertlange Zusammenleben von Serb:innen und Albaner:innen von benachbarten Territorien unterscheidet (Clewing 2000, 19). Der im Zuge nationaler Ansprüche auf das Gebiet geführte „Streit um die Entwicklung der Ethnostruktur Kosovos ist im Wesentlichen identisch mit dem Streit um dessen Geschichte überhaupt“ (ibid). Wie Malcolm (1998, 22) betont, kann die Geschichte dieser Völker nicht als linear verstanden werden und wandelt sich Identität insbesondere durch die Kontakte der Sprachen und Kulturen. Auch sind ethnische oder nationale Identitäten nichts historisch statisch, sondern Teil diverser Aushandlungsprozesse. Kollektive Bezeichnungen und Zugehörigkeitsmerkmale verändern sich ebenso wie die Menschen, die unter diesen zusammengefasst wurden. Ebenso wenig lassen sich zeitgenössische territoriale Ansprüche auf Basis historischer Völkerwanderungen rechtfertigen. Dennoch dominieren solche linearen Erzählungen vielfach die postjugoslawischen nationalen Geschichtsschreibungen und beeinflussen internationale politische Diskurse.

Die Deutung des Konflikts zwischen serbischen und albanischen Ansprüchen hat Kosovo zum „Land der zwei Geschichten“ werden lassen: Einer albanischen von den Illyrer:innen bis zur Unabhängigkeit 2008 und einer serbischen vom Reich König Dušans bis zur Rückeroberung 1912 (Bieber & Daskalovski 2003, 3; Hajrullahu 2007, 38; Schmitt 2008, 29). Die Wahrheit ist jedoch deutlich vielschichtiger und Gegenstand komplexer gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse und identitätspolitischer Mobilisierung unter dem weitreichenden Einfluss internationaler Akteure. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts unterlag das Gebiet rivalisierenden Ansprüchen eines durch die international organisierte serbische Elite erfolgreich institutionalisierten

serbischen Nationalismus‘ und erwachenden Autonomiebestrebungen traditionell staatsferner albanischer Clans, deren Nationalismus sich spät entwickelte und im Osmanischen Reich erfolgreich unterdrückt wurden. Bei der Aufteilung des Balkans durch die europäischen Großmächte spielten albanische Interessen eine untergeordnete Rolle und waren Staats- und Nationenbildung vor allem durch Fremdbestimmung geprägt.

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts und teils bis heute spielten internationale Allianzen und Narrative eine zentrale Rolle, von lokalen Bündnissen während der Weltkriege bis zum Partisanenmythos unter Tito, wohinter kosovarische Ansprüche lange zurückstanden. Der heutige Nationalstaat in seiner Form und Ausrichtung wurde direkt durch die internationale Staatengemeinschaft geschaffen, wobei auch Stellvertreterkonflikte vom Berliner Kongress bis zur Rezeption des NATO-Einsatzes eine Rolle spielen. So kommt zur Jahrtausendwende eine dritte Geschichte hinzu: Kosovo als von außen und innen geschaffenes multi-ethnisches Protektorat mit dem Ziel der Aufnahme in die EU. Während die EUropäische Staatengemeinschaft im Zuge der Jugoslawienkriege lange nicht gemeinsam handlungsfähig war, übernahm sie nach der Unabhängigkeit die leitende internationale Rolle in der weiteren Entwicklung Kosovos.

Die EU und Kosovo

Die EU schuf die Basis einer gemeinsamen, dezidiert wertegeleiteten Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), wozu auch die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) gehört, 1992 in Maastricht mit dem Vertrag über die Europäische Union (Stobbe 2011, 69f.). Angesichts der multiplen gewalttätigen Eskalationen in Südosteuropa sollte so eine größere Handlungsfähigkeit gewährleistet werden als unter der bisherigen, deutlich informelleren Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ). Dem Anspruch einer Führungsrolle angesichts einer *europäischen* Krise, als die der Zerfall des Vielvölkerstaates verstanden wurde, wurde die Europäische Gemeinschaft (EG) jedoch lange nicht gerecht (Ginsberg 2001, 59f.; Brenner 1992, 587f.; s.a. Forsberg 2011). Erst mit dem Kosovo-Krieg, an dem viele Mitgliedstaaten als NATO-Mitglieder beteiligt waren, wurde die Bedeutung der Region für gesamtcontinentale Stabilitäts- und Sicherheitsstrategien sowie die Rolle der Erweiterungspolitik zur Erreichung dieser Ziele im Diskurs dominant und trug maßgeblich zur Entwicklung der GSVP bei. Erst nach dem gescheiterten Versuch einer EU-Verfassung 2005 und dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon (2009) wurde die außenpolitische Säule institutionell aufgewertet, wobei die Mitgliedstaaten im Europäischen Rat das letzte Wort behielten (Morillas 2011, 243ff.).

Spätestens seit den Verhandlungen um Ahtisaari war eindeutig, dass Kosovo in Zukunft eine Form von Staatlichkeit und Selbstverwaltung zugestanden würde – und dass die EU die Hauptrolle im Aufbau der staatlichen Institutionen spielen sollte. Eng damit verbunden war die „europäische Zukunft“ Kosovos auf Basis der Thessaloniki-Erklärung von 2003 im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses für die ganze Region (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2005). Auf Basis der UN-Sicherheitsratsresolution 1244 plante die EU bereits ab 2006 konkret die Entsendung einerseits eines Zivilen Vertreters (ICO) und EU-Sonderbeauftragten (EUSR) in Personalunion und andererseits einer zivilen GSVP-Mission. Beide wurden am 16. Februar 2008, einen Tag vor Kosovos Unabhängigkeitserklärung, im Rat verabschiedet. Anders als ursprünglich vorausgesehen, war die Statusfrage zu diesem Zeitpunkt nicht gelöst und herrschte keine Einigkeit innerhalb der Union. Schon der damalige EU-Ratspräsident Solana und der Erweiterungskommissar Rehn hatten 2005 gewarnt: „EU coherence will not only be crucial during the final stage of the Status process but equally during the implementation phase“ (Europäische Kommission 2006). Um diese zu gewährleisten, mussten daher im Mandat der Mission und auch des Sonderbeauftragten neue Kompromisse gefunden und die Statusfrage erneut aufgenommen werden.

Die einseitige Unabhängigkeitserklärung Kosovos im Februar 2008 war nicht nur innerhalb der UN und EU umstritten, sondern führte auch zu Spannungen mit Serbien. Zu diesem Zeitpunkt unterstützte etwa die Hälfte der Serb:innen einen EU-Beitritt ihres Landes, gleichzeitig fühlten sich viele von den USA und der EU betrogen, weil diese die Abspaltung Kosovos befürworteten. Zudem war die Situation der Kosovo-Serb:innen vor allem im mehrheitlich serbischen Norden ungeklärt, da sie weiterhin Institutionen unter serbischem Recht nutzten (Ilazi 2024, 103). Die Regierung in Belgrad entschied, den Internationalen Gerichtshof (IGH) um eine offizielle völkerrechtliche Einschätzung der Unabhängigkeitserklärung der Provisorischen Selbstverwaltungsinstitutionen Kosovos zu ersuchen, unterstützt von der Generalversammlung der UN (UNGA). Nach intensiven Beratungen, an denen sich auch viele EU-Staaten beteiligten, gab der IGH am 22. Juli 2010 bekannt, dass die Unabhängigkeitserklärung keine geltenden Regeln des internationalen Völkerrechts verletze, einschließlich Resolution 1244 (ICJ 2010). Daraufhin entwarf Serbien in Zusammenarbeit mit der EU eine UNGA-Resolution, die im September desselben Jahres verabschiedet wurde und den Grundstein für einen von der EU vermittelten Dialog zwischen den Regierungen legte. Die Verhandlungen wurden 2011 aufgenommen und sollten neben der Sicherung von langfristigem Frieden und Stabilität auch die Fähigkeit der EU als globaler Akteur etablieren (Troncotă 2017, 216; United Nations, 2010).

Akteure und Positionen in der EU-Außenpolitik gegenüber Kosovo

Die folgenden Schaubilder geben einen Überblick der zentralen Staaten, die direkt und indirekt die Verhandlung der kosovarischen Staatlichkeit in der Europäischen Außenpolitik beeinflussen. Neben den EU-Mitgliedstaaten werden auch relevante Nicht-EU-Staaten einbezogen (s.u.). Hierunter fallen die NATO-Mitgliedstaaten, die nicht Teil der EU sind, die Staaten des „Westbalkans“ und die Mitgliedstaaten des UN-Sicherheitsrats, die alle eine zentrale Rolle für Kosovos Staatlichkeit spielen. Die Betrachtung berücksichtigt Diplomatie (*Anerkennung; diplomatische Beziehungen; Unterstützung in internationalen Gremien; KFOR; Sonstiges*) und Kooperation (*Entwicklungszusammenarbeit; Direktinvestition; Handel; Kultur/Diaspora; Sonstiges*).

Wie die Analyse zeigt, sind die Beziehungen der EU-Staaten zu Kosovo vielschichtig und komplex. Gleiches gilt für ihre Partner und Wettbewerber in der Region, wobei insbesondere die USA, aber auch Russland und seine hybride Kriegsführung einschließlich ausländischer Informationsmanipulation wichtig sind. Zentral bleibt das Verhältnis zu Serbien, das zudem ein wichtiger Faktor für die Positionen anderer Staaten auch innerhalb der EU ist. Als Nachfolger der Kontaktgruppe ist das Quint-Format heute ein zentraler außenpolitischer Akteur auf dem Westbalkan, bestehend aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und den USA, in der Regel auf der Ebene der Botschafter:innen und in enger Absprache mit der lokalen EU-Vertretung. In dieser Gruppe werden alle zentralen Entscheidungen und gemeinsame Erklärungen vorbereitet, denen sich die anderen EU-Mitgliedstaaten in der Regel anschließen.

Erwartbar finden sich diejenigen EU-Staaten, die Kosovo nicht anerkennen, ganz unten in der Grafik. Dennoch gibt es signifikante Unterschiede in ihren Beziehungen zu Kosovo. Am ausgeprägtesten sind sie mit Griechenland, das auch ein Konsulat in Prishtina unterhält. Wenn gleich weniger eng, waren die Beziehungen zur Slowakei bis zum Regierungswechsel Ende 2023 ebenfalls konstruktiv. Rumänien hatte als Nachbar Serbiens und durch enge Verbindungen der orthodoxen Kirchen sowie die Transnistrien-Problematik in Moldau und die ungarische Minderheit im eigenen Land viele Gründe gegen eine Anerkennung. Nach Aufnahme des EU-geführten Dialogs wurde die Position zunächst pragmatischer und bewegt sich bis heute in der Mitte zwischen den konstruktiven Nicht-Anerkennern in der Slowakei und Griechenland und den entschiedenen Gegnern der Unabhängigkeit in Spanien und Zypern (Ivan 2019, 174f.). Andere EU-Staaten haben aus unterschiedlichen Gründen weniger stark ausgeprägte Beziehungen zu Kosovo. Wie das Schaubild zeigt, gehören Österreich, Kroatien und Slowenien zu den wichtigsten EU-Partnern Kosovos. Kontroverser ist die Unterstützung Kosovos für Bulgarien, Polen und Tschechien, vor allem durch ihre Beziehungen zu Serbien. Finnland, Schweden, Dänemark

und die Benelux-Staaten unterstützen demokratische Entwicklungen im Land, stehen einer Erweiterung in Südosteuropa jedoch auch kritisch gegenüber. Die baltischen Staaten Lettland, Litauen und Estland haben kein besonders tiefes Verhältnis zu Kosovo oder den anderen Westbalkan-Ländern, unterstützen aber deren EU-Integration und Kosovos Unabhängigkeit. Portugal, Irland und Malta sind ebenfalls kaum in Kosovo involviert, sprechen sich aber grundsätzlich für eine Integration in die EU und in multilaterale Foren aus. Trotz enger Verbindungen zu Serbien entschied sich Ungarn früh für eine Anerkennung der kosovarischen Unabhängigkeit, doch unter der Regierung von Ministerpräsident Orbán gewann die Beziehung zum serbischen Regierungschef Vučić zulasten derjenigen mit Prishtina zunehmend an Bedeutung.

Obwohl Island keine eigene Armee hat, unterstützt es KFOR in technischen Bereichen (Ćirić 2020); Kanada ist mit einem kleinen Truppenkontingent vertreten. Norwegens Regierung lieferte neben KFOR-Truppen auch technische und diplomatische Unterstützung und unterstützt den EU-geführten Dialog auch finanziell. Die Schweiz bezeichnet sich selbst als eines der „wichtigsten Partner- und Geberländer“ Kosovos (EDA 2025), mit einer großen und aktiven kosovo-albanischen Diaspora seit den 1960er Jahren, engen diplomatischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen und einem gewichtigen KFOR-Kontingent trotz Neutralität.

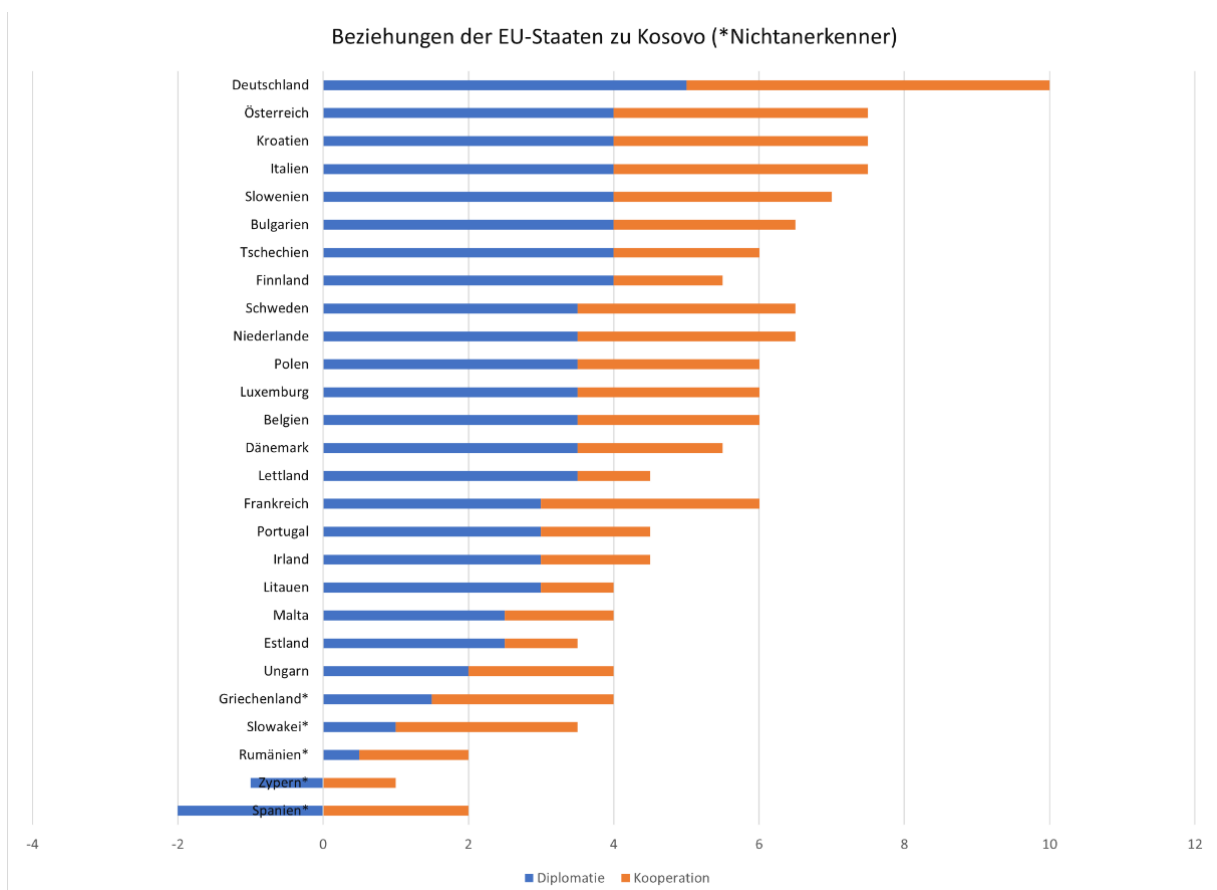


Tabelle 1: Beziehungen der EU-Staaten zu Kosovo

Mit den anderen Ländern des sogenannten Westbalkans verbinden Kosovo seit Jahrhunderten vielschichtige Beziehungen, besonders mit Albanien und Serbien. Kosovo ist neben Albanien das einzige mehrheitlich albanische Land der Welt und war ein Anlaufpunkt für Albaner:innen aus ganz Jugoslawien. Seit dem Ende der Diktatur ist Tirana der wichtigste regionale Unterstützer Kosovos geworden und die Länder sind heute politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell tief verbunden. Die Beziehungen zu den Nachbarländern Nordmazedonien und Montenegro sind kooperativ und zumeist konfliktfrei. Das Verhältnis zu Bosnien-Herzegowina ist durch die gegensätzlichen Haltungen der beiden Entitäten des Landes kompliziert. Laut seiner Verfassung betrachtet Belgrad Kosovo als integralen Teil seines Staatsgebiets und wirbt seit dem Scheitern der Ahtisaari-Verhandlungen gegen die Anerkennung der Unabhängigkeit und die Aufnahme in internationalen Foren. Durch Kosovo als zentrales Motiv im Selbstbild Serbiens gibt es wenig Raum für rationale Debatten (s.a. Savić 2014; Ejđus & Vulović 2025).

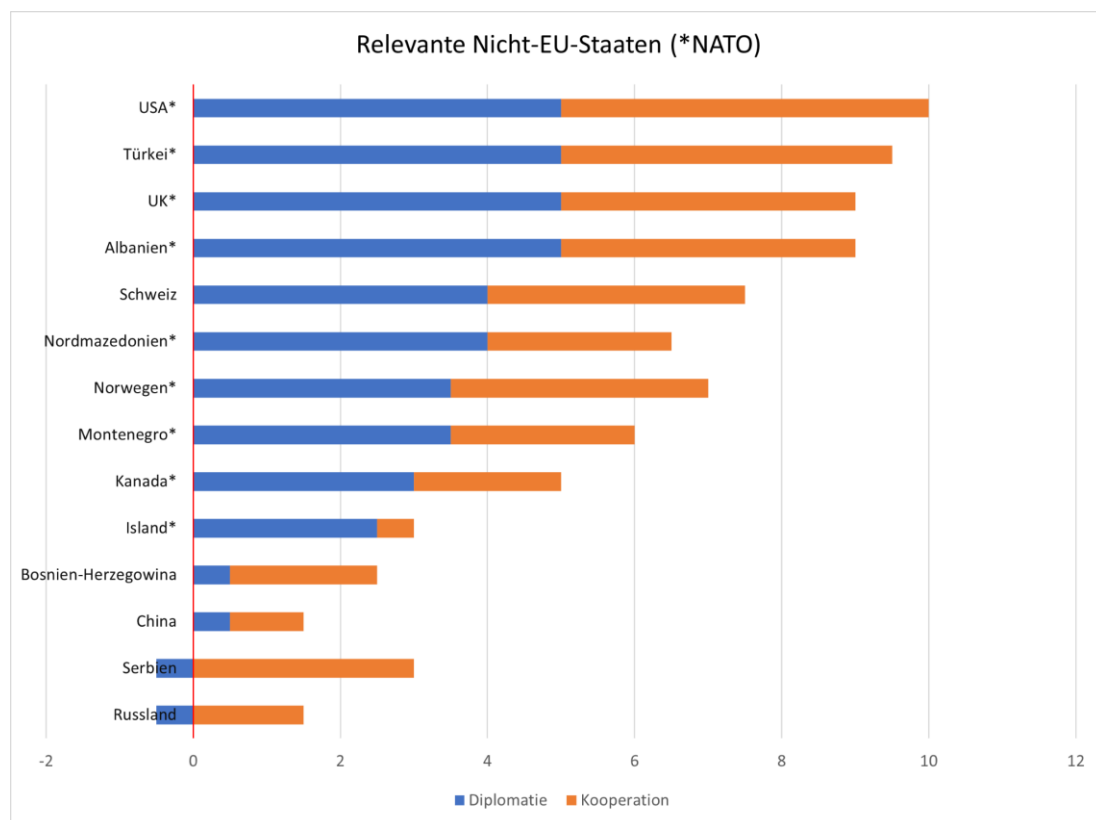


Tabelle 2: Beziehungen relevanter Nicht-EU-Staaten zu Kosovo

Parallel zur Beitrittsperspektive der Westbalkan-Länder schwand der Einfluss der EU zugunsten nicht-westlicher Staaten, die mindestens teilweise in (geo-)politischer Konkurrenz zu ihr stehen. So warnten EU-Abgeordnete, „dass durch die mangelnde Glaubwürdigkeit der Erweiterungspolitik der Union in den vergangenen Jahren in den Westbalkanländern ein Nährboden für böswillige dritte Akteure, insbesondere Russland und China, geschaffen wurde“ (Europäisches Parlament 2023, 3). Neben diesen beiden werden die Türkei und die Golfstaaten Katar,

Saudi-Arabien und die Vereinigte Arabische Emirate genannt (Rey 2017). Russland blockiert Kosovos Integration in Internationale Organisationen durch seinen Sitz im UN-Sicherheitsrat und unterstützt das serbische Narrativ, das Moskau als Schutzmacht Serbiens und der Serb:innen auch im Nordkosovo stilisiert (Ioniță 2017, 412f.). Weniger aufgeladen sind die Beziehungen zu China, das die serbische Position zwar stützt und eine Anerkennung unter dem Prinzip der Nichteinmischung vor allem mit Blick auf Taiwan ablehnt, allerdings einen pragmatischeren Umgang mit dem Status quo pflegt und wirtschaftliche Beziehungen ausbaut. Ankara gehört zu den wichtigsten Investitionspartnern Kosovos, zudem pflegen die Länder tiefe politische und kulturelle Beziehungen und können kosovarische Staatsbürger:innen seit 2009 visafrei in die Türkei reisen (Visoka 2019, 9). Die Beziehungen sind jedoch nicht unkompliziert.

Die Verhandlung von Kosovos Staatlichkeit in der EU-Außen- und Erweiterungspolitik (Zusammenfassung der Analyse)

Die Europäische Gemeinschaft bekannte sich im Zuge des Kosovo-Kriegs zu einer besonderen Verantwortung gegenüber den Nachfolgestaaten Jugoslawiens und Albanien und erweiterte in den Folgejahren ihre außenpolitischen Kompetenzen und Institutionen, um in Verbindung mit der in der Vergangenheit bereits erfolgreich eingesetzten Erweiterungskonditionalität die von ihr „Westbalkan“ getaufte Region zu stabilisieren und zu demokratisieren und so auf einen EU-Beitritt vorzubereiten. Dazu nutzte sie vielseitige finanzielle und politische Mittel, die vor allem in Kosovo mit einem tiefen Eingriff in die Souveränität einherging, was vielfach als Versuch gedeutet wurde, neue Mitglieder nach eigenem Vorbild zu schaffen.

Dabei waren der Ansatz und die ihm zugrundeliegenden Konzepte von vornherein problematisch, insbesondere die mit dem „Balkan“-Begriff einhergehenden Vorannahmen, die die Strategien und Instrumente der EU negativ beeinflussten, in Verbindung mit der daraus hervorgehenden Dichotomie mit „Europa“, das die vermeintliche Verschiedenheit der beiden betont und sie gleichzeitig homogenisiert und voneinander abtrennt. So wurde institutionell und diskursiv eine harte Grenze zwischen Mitgliedstaaten und „Nachbarn“ gezogen. Durch den effektiven Stillstand des Erweiterungsprozesses vergrößerte sich die rhetorische, aber auch sozio-ökonomische Distanz noch, während gegenseitige Verbindungen in Wahrheit wuchsen. Viele der Herausforderungen waren zudem keineswegs auf die Länder beschränkt und traten gerade wegen der fehlenden Integration stärker hervor. Neue Instrumente wie der Berliner Prozess ab 2014 und der Wachstumsplan für den Westbalkan ab 2022 konnten den fehlenden politischen Willen der EU-Staaten wie auch der politischen Eliten in den Kandidatenländern nicht ersetzen,

zumal letztere den Prozess dazu nutzten, klientelistische Netzwerke zu stärken und echte Reformen ihren Interessen daher zunehmend zuwiderliefen.

Im Verlauf multipler Krisen wurde die EU-Außen- und Erweiterungspolitik zunehmend politisiert und intergouvernementalisiert und insbesondere im Fall Kosovos manifestierte sich dabei das Paradox, dass sich trotz abnehmender Relevanz bestehende Kontroversen vertieften. Dabei waren divergierende innen- und außenpolitische Prioritäten, aber auch interne Entwicklungen innerhalb und Wechselwirkungen zwischen den beteiligten EU-Institutionen entscheidend. Sie spielten auch eine wichtige Rolle für lokale Entwicklungen in Kosovo (und Serbien), die wiederum entscheidend für die EU-Politik und ihre Ergebnisse waren.

Offiziell wurde die GASP in Kosovo durch den EAD bzw. EUSR vertreten, aber in der Praxis war eine Vielzahl von Akteuren auf allen Ebenen beteiligt. Fehlende Erfahrung, mangelnde Vereinheitlichung und strategische Vagheit in Verbindung mit entsprechender Kommunikation machte die Interpretation und Umsetzung der Ziele immer stark personenabhängig, von der politischen Leitungsebene bis zur Ausführung durch internationale Beamte vor Ort. Die Komplexität der internen Abstimmungen ging von vornherein zulasten lokaler Agency bzw. Eigenverantwortung der neuen Institutionen, nicht nur durch das EULEX-Exekutivmandat, sondern praktisch bei jedem Schritt der „Verhandlungen“. Auch NRO und lokale Medien, von der EU selbst eigentlich als wichtiges demokratisches Korrektiv gefördert, wurden vielfach als Dienstleister verstanden und nicht systematisch einbezogen. Hier zeigte sich nicht zuletzt das Unvermögen der EU, die Konditionalität und Kriterien des Beitrittsprozesses in die Instrumente des Staatsaufbaus zu übersetzen. Weitere Gründe waren fehlendes Vertrauen in lokale Akteure und daraus resultierendes Mikromanagement, sowie die Präferenz kurzfristiger Stabilität gegenüber Nachhaltigkeit der Reformen, wodurch bleibende Abhängigkeiten geschaffen wurden.

Der internationale Nationsaufbau, an dem auch die EU von Beginn an maßgeblich beteiligt war, bemühte sich offiziell um Inklusion, was in der Praxis jedoch mit der Unterdrückung kollektiver und individueller Erinnerungen einherging und kein Platz für Traumata im gesellschaftlichen Aushandlungsprozess ließ. Dabei war die Statusfrage von vornherein die größte Herausforderung einer autonomen EU-Politik in Kosovo und schürte auch Misstrauen und Missgunst in der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Minderheiten – vor allem Serb:innen – und den Rückhalt der multi-ethnischen Prinzipien in Kosovo. Besonders die mehrheitlich serbischen Provinzen im Norden blieben lange in einem Schwebestand, was die Souveränität Kosovos und die Unabhängigkeit der Enklaven von Serbien beschränkte. Der Dialog als Instrument zur „Normalisierung“ zeigte sich zunächst erfolgreich für eine vertiefte Integration, aber durch fehlende

Umsetzung der Abkommen und nicht zuletzt die Stellvertreter-Funktion der EU anstelle echter Kooperation zwischen Kosovo und Serbien bzw. innerhalb Kosovos blieb sie oberflächlich und fragil, wie der Streit um einen möglichen Landtausch 2018 und der Austritt eines Großteils der Kosovo-Serb:innen aus den Institutionen 2022 bewies. In der Folge wurden sie weiter marginalisiert und vergrößerte sich ihre Abhängigkeit von Belgrad zulasten vertiefter Integration.

Durch das Framing des Dialogs als im Interesse der Parteien und der von ihnen geführten Verhandlungen verschleierten die vermittelnden Parteien ihre eigenen Interessen und Ziele. Um ihre Position als außenpolitischer Akteur zu festigen, muss sie sich als Diplomatin beweisen, und um das seit 2003 bestehende strategische Ziel der Erweiterung der EU in der Region erreichen, müssen Serbien und der Kosovo ihre Konflikte überwinden. Auch für die Klärung der Statusfrage in der EU selbst ist die Einigung zwischen den beiden zentral. Die strategische Ambiguität suggerierte lokale Gestaltungsmacht, während der Verhandlungsrahmen in Wahrheit exklusiv von der EU festgelegt wurde. So entzog sie sich auch der Verantwortung gegenüber den lokalen Gesellschaften. Zudem zielte die Ambiguität darauf ab, ethno-territoriale Fragen zunächst auszublenden, wodurch diese letztendlich gestärkt wurden. Im Bestreben, den Dialog als außenpolitischen Erfolg darzustellen, ignorierten die Vermittler:innen zentrale Hindernisse im Prozess, wodurch sich diese weiter vertieften. Auch das Ziel der EUropäisierung wurde durch die Verschleppung der Statusfrage und die zunehmende Isolation Kosovos in der Erweiterungspolitik gefährdet, besonders im Zuge der Verzögerung der Visaliberalisierung.

Wenn auch offiziell nicht von allen EU-Staaten anerkannt, waren die Ahtisaari-Prinzipien stets die Leitlinien der EU-Strategien für Kosovos Zukunft als multiethnischer und schlussendlich unabhängiger Staat und der Dialog in Verbindung mit der Beitrittsperspektive der vielversprechendste Ansatz für eine dauerhafte Einigung mit Serbien. Doch in der Praxis stellte der Dialog die Grundsätze Ahtisaaris in Frage, wodurch Vorstöße für Grenzverschiebungen und andere mono-ethnische Lösungsvorschläge neuen Raum gewannen. Insgesamt ließ der Fokus auf ethnisch-territorialen Faktoren die Folgen der Parallelstrukturen, die Effekte der Enklavisierung auf die Staatlichkeit Kosovos und vor allem die Auswirkungen auf die Bewohner:innen der umstrittenen Gebiete und ihre (Sicherheits-)Interessen außer Acht. Darüber hinaus unterstützte die fehlende Sanktionierung spaltender Politik und Rhetorik insbesondere der serbischen Regierung durch die EU ethno-nationalistische Agenden in der gesamten Region, die nach den Kriegen in den 1990er Jahren nach wie vor sensibel für diese waren. Diese Entwicklungen stehen im klaren Widerspruch zu den politischen Zielen des Dialogs und des EU-geführten Staatsaufbaus in Kosovo und der Region insgesamt.

Obwohl die EU und eine große Mehrheit der Mitgliedstaaten die etwaige Anerkennung der kosovarischen Unabhängigkeit schon vor 2008 als unumgänglich angesehen hatten, vertraten sie diese Position nicht öffentlich. Die anhaltende Ambiguität erschwerte die Eingliederung und Rückkehr von Kosovo-Serb:innen in andere Teile Kosovos und legitimierte serbischen Ansprüche. Diese Ausgangslage änderte sich durch die Politik unter der Regierung der linksliberalen Partei *Vetëvendosje*, doch die damit einhergehenden Konfrontationen und fehlenden internationalen Absprachen alarmierten die Regierungen der EU-Mitglieder und führten zu den Maßnahmen gegen Kosovo, während die innenpolitische Blockade, die beinahe das gesamte Jahr 2025 umfasste, zu einem Stillstand des Dialogs und der EU-Annäherung beitrugen.

Mangelnde Fort- bzw. sogar Rückschritte in der Integration hatten maßgebliche Folgen insbesondere für die Kosovo-Serb:innen und anderen Minderheiten, ebenso wie auf Kosovos territoriale und staatliche Integrität sowie die Chancen auf langfristige Versöhnung und Kooperation als Schlüssel zur (EUropäischen) Zukunft der Region. Die Instrumentalisierung der EU-Politik durch lokale Eliten zugunsten klientelistischer Netzwerke und *state capture* verdeutlichten sich in der Debatte um den serbischen Gemeindeverband. Spätestens der Landtausch-Vorschlag 2018 legte die Grenzen des Eliten-basierter Dialogs offen und verdeutlichte die Notwendigkeit für mehr Transparenz und Inklusion im Dialog, klare Definitionen von Prinzipien und roten Linien, sowie einen parallelen Versöhnungsprozess. Bis Ende 2025 ist ein solches Umdenken jedoch nicht zu erkennen und zudem fraglich, ob die EU über die nötige Glaubwürdigkeit verfügt, den Prozess zu reframe. Um Vertrauen zurückzugewinnen, ist nicht zuletzt eine Aufarbeitung der Rolle der EU und ihrer Mitgliedstaaten in den internationalen Interventionen insbesondere der NATO unabdingbar, da diese in aktuellen Diskursen von innen und außen manipuliert werden, zumal die (kollektive) Erinnerung an die Hintergründe verblasst.

In der Folge bleibt die Statusfrage weiterhin ungeklärt sowie intern wie extern umstritten und wird lokal wie international zugunsten ethno-territorialer Ansprüche genutzt, welche die normativen Grundsätze und damit die Basis der EU als Zivilmacht existentiell gefährden. Die Analyse der EU-Politik in Kosovo – dem umfangreichsten außenpolitischen Eingreifen ihrer Geschichte – verdeutlicht die Grenzen der aktuellen EU-Außen- und Erweiterungspolitik, deren normative Ansprüche gemäß ihrem intergouvernementalen Charakter regelmäßig innenpolitischen Interessen untergeordnet wurden. Angesichts der aktuellen geopolitischen Umwälzungen zulasten dieser Grundsätze auf globaler Ebene ergibt sich daraus die Notwendigkeit eines radikalen Umdenkens zugunsten einer umfassenden regionalen Strategie, die zentrale Normen intern wie extern stärkt und so neues Vertrauen und langfristige Resilienz aufbaut.

Quellen

- Adler-Nissen, R. (2016). Towards a practice turn in EU studies: The everyday of European integration. *JCMS: journal of common market studies*, 54(1), 87-103.
- Anderson, B. (1983). *Imagined communities: Reflections on the origin and spread of nationalism*. London, Verso Books.
- Bachmann, V., & Sidaway, J. D. (2009). Zivilmacht Europa 1: a critical geopolitics of the European Union as a global power. *Transactions of the Institute of British Geographers*, 34(1), 94-109.
- Baiocchi, G., & Connor, B. T. (2008). The ethnos in the polis: Political ethnography as a mode of inquiry. *Sociology compass*, 2(1), 139-155.
- Bieber, F., & Daskalovski, Ž. (Hrsg.). (2003). Introduction. *Understanding the war in Kosovo*. Psychology Press, London, 1-9.
- Brenner, M. (1992). The EC in Yugoslavia: A debut performance. *Security Studies*, 1(4), 586-609.
- Ćirić, J. (2020). Iceland to Manage Kosovo's Airspace. *Iceland Review*, 13.02.2020. Link: <https://www.icelandreview.com/news/politics/iceland-to-manage-kosovos-airspace/> (zuletzt aufgerufen am 28.07.2025).
- Cirtautas, A. M., & Schimmelfennig, F. (2010). Europeanisation before and after accession: conditionality, legacies and compliance. *Europe-Asia Studies*, 62(3), 421-441.
- Clewing, K. (2000). Mythen und Fakten zur Ethnostruktur in Kosovo—ein geschichtlicher Überblick. *Der Kosovo Krieg—Ursachen, Verlauf, Perspektiven*. Klagenfurt/Celovec, Wieser Verlag.
- Deda, I. (2010). The View from Kosovo: Challenges to Peace-building and state-building. *Connections*, 9(3), 87-92.
- van Dijk, T. A. (1997). What is political discourse analysis. *Belgian journal of linguistics*, 11(1), 11-52.
- Duchêne, F. (1972) 'Europe's Role in World Peace' in R. Mayne (ed), *Europe Tomorrow: Sixteen Europeans Look Ahead*, 32-47. London, Fontana/Collins.
- EDA (2025). Bilaterale Beziehungen Schweiz–Kosovo. *Schweizer Eidgenossenschaft*, 07.05.2025. Link: <https://www.eda.admin.ch/countries/kosovo/de/home/bilaterale-beziehungen/in-kuerze.html> (zuletzt aufgerufen am 28.07.2025).
- Ejdus, F., & Vulović, M. (2025). Catharsis, rearticulation of desire and ontological insecurity: The case of Serbia's attachment to Kosovo. *Review of International Studies*, 1-21.
- Europäische Kommission (2006). *Summary note on the joint report by Javier Solana, EU High Representative for the CFSP, and Olli Rehn, EU Commissioner for Enlargement, on the future EU Role and Contribution in Kosovo*. Brüssel, 17.07.2006. Link: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/memo_06_286 (zuletzt aufgerufen am 18.08.2025).
- Europäische Kommission (o. D.). European Neighbourhood Policy. What is it? *Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen* (DG NEAR), Link: https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/european-neighbourhood-policy_en (zuletzt aufgerufen am 09.12.2025).
- Europäisches Parlament (2023). Bericht 2022 über das Kosovo. *Amtsblatt der Europäischen Union*, 15.12.2023. Link: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:C_202301066 (zuletzt aufgerufen am 29.07.2025).
- Fairclough, I., & Fairclough, N. (2013). *Political discourse analysis: A method for advanced students*. London, Routledge.

- Finlayson, A. (2007). From beliefs to arguments: Interpretive methodology and rhetorical political analysis. *The British Journal of Politics and International Relations*, 9(4), 545-563.
- Forsberg, T. (2011). Normative power Europe, once again: A conceptual analysis of an ideal type. *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 49(6), 1183-1204.
- Ginsberg, R. H. (2001). *The European Union in international politics: baptism by fire*. Lanham, Rowman & Littlefield.
- Gross, E. and A. Rotta (2011). The EEAS and the Western Balkans. *Istituto Affari Internazionali (IAI), Working Papers 1115*.
- Hajrullahu, A. (2007). *Langfristiger Frieden am Westbalkan durch EU-Integration: der EU-Integrationsprozess als Chance für die Überwindung des serbisch-kosovarischen Konfliktes*. Baden-Baden, Nomos.
- Hettne, B., & Söderbaum, F. (2005). Civilian power or soft imperialism? The EU as a global actor and the role of interregionalism. *European foreign affairs review*, 10(4).
- Hobsbawm, E., & Ranger, T. (Eds.). (2012). *The invention of tradition*. Cambridge University Press.
- Ilazi, R. (2024). *The European Union and Everyday Statebuilding: The Case of Kosovo*. London, Routledge.
- Ioniță, C. (2017). Russia in the Balkans: A view from Kosovo. In: Armakolas, I., Demjaha, A., Elbasani, A., Schwandner-Sievers, S., Skendaj, E., & Tzifakis, N. (2017). *State-building in post-independence kosovo: Policy challenges and societal considerations*, 403-423. Prishtina: Kosovo Foundation for Open Society.
- Ivan, P. (2019). Romania: Kosovo's Cautious Non-Recogniser. In *The Politics of Recognition and Engagement: EU Member State Relations with Kosovo* (pp. 173-192). Cham, Springer International Publishing.
- Janos, A. C. (2001). From eastern empire to western hegemony: East Central Europe under two international regimes. *East European Politics and Societies*, 15(2), 221-249.
- Kolstø, P. (2016). 'Western Balkans' as the new Balkans: Regional names as tools for stigmatisation and exclusion. *Europe-Asia Studies* 68.7 (2016), 1245-1263.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2005), Mitteilung der Kommission an den Rat: Eine europäische Zukunft für das Kosovo. *EUR-Lex*, 20.04.2005. Link: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52005DC0156> (zuletzt aufgerufen am 18.08.2025).
- Krasniqi, G. (2012). Overlapping jurisdictions, disputed territory, unsettled state: the perplexing case of citizenship in Kosovo. *Citizenship Studies*, 16(3-4), 353-366.
- Lang, A. and P. Leifeld (2008). Die Netzwerkanalyse in der Policy-Forschung: Eine theoretische und methodische Bestandsaufnahme. *Die Zukunft der Policy-Forschung*, 223-24. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Manners, I. (2008). The normative ethics of the European Union. *International affairs*, 45-60.
- Miller, S. I., & Fredericks, M. (1996). Can There Be "Rules" for Qualitative Inquiry. *Journal of Thought*, 31(2), 61-71.
- Morillas, P. (2011). Institutionalization or intergovernmental decision-taking in foreign policy: The implementation of the Lisbon Treaty. *European Foreign Affairs Review*, 16(2).
- Rey, J. (2018). Kosovo. Hänsel, L., & Feyerabend, F. C. (Hgg.), *The influence of external actors in the Western Balkans: a map of geopolitical players*. Berlin, Konrad Adenauer Stiftung.
- Risse, T. (2012). Identity matters: Exploring the ambivalence of EU foreign policy. *Global policy*, 3, 87-95.

- Ruggie, J. G. (1993). Territoriality and beyond: problematizing modernity in international relations. *International organization*, 47(1), 139-174.
- Said, E. W. (1978). *Orientalism*. New York, Pantheon Books.
- Savić, B. (2014). Where is Serbia? Traditions of spatial identity and state positioning in Serbi-an geopolitical culture. *Geopolitics*, 19(3), 684-718.
- Schatz, E. (Hg.). (2013). *Political ethnography: What immersion contributes to the study of power*. University of Chicago Press.
- Schmitt, O. J. (2008). *Kosovo: kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft*. Köln, UTB.
- Schwandner-Sievers, S. (2002). *Albanian identities: myth and history*. Indiana University Press.
- Sjursen, H. (2013). The EU as a 'normative' power: how can this be?. In *Civilian or Military Power?* (pp. 67-83). London, Routledge.
- Tocci, N. (2008). Profiling normative foreign policy: the European Union and its global partners. In *Who is a normative foreign policy actor? The European Union and its global partners* (pp. 1-23). Centre for European Policy Studies.
- Todorova, M. (1997). *Imagining the Balkans*. New York, Oxford University Press.
- Troncotă, M. (2017). Four Years of EU Mediation Efforts in the 'Brussels Dialogue of the Deaf': Analysing the Negotiations for the Association/Community of Serb Municipalities in Kosovo. *State-building in post-independence Kosovo: Policy Challenges and Societal Considerations*, 215. Pristina: Kosovo Foundation for Open Society.
- United Nations (2010). Adopting Consensus Resolution, General Assembly Acknowledges World Court Opinion on Kosovo, Welcomes European Union Readiness to Facilitate Process of Dialogue. *UN Press*, 09.09.2010. Link:<https://press.un.org/en/2010/ga10980.doc.htm> (zu-letzt aufgerufen am 21.08.2025).
- Visoka, G. (2019). Kosovo: between Western and non-Western states. In *The Western Balkans in the World* (pp. 108-125). London, Routledge.
- De Wet, E. (2009). The governance of Kosovo: Security Council Resolution 1244 and the establishment and functioning of Eulex. *American Journal of International Law*, 103(1), 83-96.
- Wodak, R. (2009). *The discourse of politics in action: Politics as usual*. Cham, Springer.